

Beschlussdokument
über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Erkrath
am 22.02.2022

10. Haushaltsplan 2022
Vorlagennr. 52/2022

Zunächst tragen die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden vor (s. Anlagen zur Niederschrift).

RM Jöbges beantragt, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

RM Ehlert zieht für die SPD-Fraktion den Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer A und B zurück.

RM Osterwind beantragt nach Abschluss der Diskussionen eine Sitzungsunterbrechung.

BM Schultz unterstützt die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, da hierdurch Transparenz geschaffen werde.

Sodann erfolgt die Beratung über die noch nicht beschlossenen Produkte:

Produkt 04.01.01

RM P. Knitsch beantragt, einen Betrag in Höhe von 15.000 € zur Aufwertung der Kultur in Erkrath vorzusehen.

RM Wiertz macht deutlich, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund der Maßnahme „Kunst am Bau“ ablehne. Diese komme jetzt zu einem falschen Zeitpunkt.

RM Hildebrand ergänzt, dass ein Sperrvermerk vorgesehen werden sollte, bis die Zuschüsse tatsächlich fließen.

RM R. Knitsch gibt zu bedenken, dass dem SKFM eine entsprechende Zusage erteilt worden sei. Das Geld sei bereits 2021 in den Haushalt eingestellt und nur nicht abgerufen worden.

RM Ehlert schlägt vor, dass die Verwaltung zusichere, dass die Auszahlung des Betrages in Höhe von 8.000 € nur dann erfolge, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert sei.

Beigeordneter Pfleging sagt dies zu.

Daraufhin zieht RM Hildebrand seinen Antrag auf Einrichtung eines Sperrvermerks zurück.

Sodann wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Gegenstimmen von CDU, SPD, BmU, AfD, FDP und BM mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über das Produkt.

Der Rat stimmt dem Produkt 04.01.01 bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, Die Linke mehrheitlich zu.

Produkt 16.01.01

RM Lenger erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

RM Schimschock verweist auf die seines Erachtens gestiegene Anspruchshaltung der Bevölkerung und macht deutlich, dass jeder dann auch seinen Beitrag leisten müsse. Die Anhebung der Grundsteuer sei unverzichtbar und belaste den Einzelnen nicht übermäßig.

RM P. Knitsch erklärt, dass seine Fraktion dem FDP-Antrag zustimmen werde. Man sei nicht grundsätzlich gegen Steuererhöhungen, allerdings sollten zunächst alle anderen Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

RM Schintze hält eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuer für einen tragbaren Kompromiss.

Sodann beantragt RM Osterwind eine Sitzungsunterbrechung.

BM Schultz bittet um Zustimmung, dass nach der Sitzungsunterbrechung trotz der fortgeschrittenen Zeit die Tagesordnung noch abgearbeitet werde.

Der Rat äußert seine Zustimmung.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 20.58 Uhr bis 21.18 Uhr.

Im Anschluss erklärt RM Osterwind, dass die BmU-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion mittragen werde. Er verliest sodann einen gemeinsamen Antrag der CDU, BmU und FDP mit folgendem Wortlaut:

„Der Rat der Stadt Erkrath beschließt die Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes. Der Planungszeitraum soll bis 2030 reichen. Der Haushaltsausgleich ist ab 2025 anzustreben.

Das freiwillige Haushaltssicherungskonzept orientiert sich am Ausführungserlass des MIK NRW vom 07.03.2013 zur Haushaltskonsolidierung nach der Gemeindeordnung und wird spätestens zur Haushaltseinbringung 2023 vorgelegt. Über das Verfahren der Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzeptes entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

Unter Zuhilfenahme externen Sachverständs sind die Alternativen aufzuzeigen, wie ein dauerhafter Haushaltsausgleich ab 2025 zu erzielen und mindestens bis 2030 zu halten sein könne.

Auf Steuererhöhungen soll möglichst verzichtet werden.“

Sollten die Anträge mehrheitlich angenommen werden, werde die BmU-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

RM Lenger ergänzt, dass die FDP-Fraktion in dem Fall den Haushalt ebenfalls mittragen werde.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion wird zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion, dass der Hebesatz für die Grundsteuer A unverändert bei 210 Punkten und der Hebesatz für die Grundsteuer B ebenfalls unverändert bei 520 Punkten bleibt, abgestimmt.

Dem Antrag wird bei Enthaltungen durch die SPD und RM Schimschock mehrheitlich zugestimmt.

Dem gemeinsamen Antrag von CDU, BmU und FDP auf Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes mit bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und RM Schimschock mehrheitlich zugestimmt.

Sodann erfolgt die Abstimmung über das gesamte Produkt 16.01.01 unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen.

Das Produkt 16.01.01 wird bei Gegenstimmen von SPD und RM Schimschock und Enthaltungen durch Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mehrheitlich beschlossen.

Die Verwaltung soll die sich daraus ergebenden konkreten finanziellen Auswirkung in den Haushalt übernehmen.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der im Haupt- und Finanzausschuss und in den Fachausschüssen (siehe Anlage 1 zur Vorlage) sowie in der heutigen Sitzung gefassten Beschlüsse den Haushaltsplan für das Jahr 2022 inklusive seiner Bestandteile gemäß §1 KomH-VO NRW.
2. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2022 in der sich aus Ziffer 1 ergebenden Fassung (siehe Anlage zur Niederschrift).

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 18 dagegen, 0 Enthaltungen

Gegenstimmen durch Bündnis 90/Die Grünen, SPD, und Die Linke.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die als Anlage 3 zur Vorlage beigefügte Liste der Ermächtigungsübertragungen von 2021 nach 2022 zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt die als Anlage 4 zur Vorlage beigefügte Liste der über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen im Jahr 2021 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung